Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

295 (16.12.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 295 — Freitag, den 16. Dezember 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Rundfunkrede des Reichskanzlers am Donnerstag abend bringt keine Ueberraschungsmomente. Das Programm deckt sich mit dem Programm der Regierung Papen in vielen Stücken und ist vor allem auf Arbeitsbeschaffung und soziale Entlastung eingestellt.

*

In Paris konnte die Regierungskrise bis zum Donnerstag abend noch nicht gelöst werden.

*

Der Reichsverkehrsminister hat die Reichswasserstraßenverwaltungen angewiesen, auf beschleunigte Durchführung der Notstandsarbeiten zu achten.

*

Der Reichsarbeits-, Reichsfinanz- und Reichswirtschaftsminister werden in der Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages am Montag nicht erscheinen, da die Haushaltslage mit Rücksicht auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm sich noch nicht genügend überblicken läßt.

*

Der neue Reichsinnenminister Dr. Bracht stellte sich am Donnerstag dem Reichsrat vor. Nach Genehmigung kleiner Vorlagen vertagte sich der Reichsrat auf Dienstag kommender Woche

*

Die Besprechungen über die Gründung des Industriefinanzierungsinstituts sind zum Abschluß gekommen.

*

Der Neunzehner Völkerbundsausschuß hat der chinesischen und der japanischen Regierung einen sehr vorsichtig gehaltenen Vermittlungsvorschlag zur Stellungnahme überreicht.

*

Der Völkerbundsrat befaßte sich in seiner Donnerstagssitzung mit der Beschwerde der assyrischen Minderheit im Irakgebiet.

Die soziale Einstellung des Kanzlers

Der Reichskanzler hat an Hand seines Regierungs- und Arbeitsprogramms, das er im Rundfunk darlegte, einem Mitgliede der Redaktion des „Deutschen" gegenüber grundsätzliche Ausführungen über seine **soziale Einstellung** und über die dringenden Aufgaben, die sich aus der Massennot dieser Zeit ergeben, gemacht.

Der Kanzler wiederholte, was er bei der Uebernahme der Regierungsbildung schon erklärt: hatte daß alles Gerede von einer Militärdiktatur blanker Unsinn sei. Angesichts der Arbeitslosigkeit und Not bestehe sein Programm nur aus einem einzigen Punkt: **„Arbeit schaffen!"** Alle Maßnahmen der Regierung dienten in der Hauptsache diesem einen Ziel. Neben der Arbeitsbeschaffung müsse unbedingt auf das energischste die Siedlung betrieben werden. Aber alle Maßnahmen, wie Arbeitsbeschaffung, Siedlung, Ankurbelung der Wirtschaft, müssen erfolglos verpuffen, wenn das Vertrauen auf stabile Verhältnisse und der Glaube an eine bessere Zukunft fehlten. Dieses Vertrauen und dieser Glaube müssen geschaffen werden durch eine freudige Mitarbeit aller Bevölkerungsschichten und durch eine weitgehende Ausschaltung von Reibungen und absichtlichen Störungen. „Freudige" Mitarbeit zu verlangen in dieser schweren Krisenzeit, sei aber nur möglich, so betonte der Reichskanzler, wenn bei allen notwendigen Anordnungen der soziale Gesichtspunkt berücksichtigt werde. Der Reichskanzler versicherte, er betrachte es im Sinne der Neudecker Botschaft des Reichspräsidenten als eine seiner Hauptaufgaben, **den sozialen Gesichtspunkt bei allen Regierungsmaßnahmen zur Geltung zu bringen** und er wies darauf hin daß auf dem Gebiete des Sozialrechts eine gewisse Entspannung eingetreten sei dadurch, daß der Reichstag die Aufhebung der sozialpolitischen Ermächtigung aus dem zweiten Teil der Notverordnung vom 4. September beschlossen habe.

Der Reichskanzler wies dann darauf hin, daß angesichts der Not von Millionen in diesem Winter die Reichsregierung entschlossen sei, eine **weitgehende Winterhilfe** durchzuführen. Die Regierung werde den Kreis der Empfänger auch auf die allernächstehenden Unterstützungsberechtigten, also auch auf die Kleinrentner ausdehnen und die Regierung hoffe, daß sie über den Rahmen dieser Hilfsmaßnahmen noch hinausgehen könne.

Im Verlaufe der Unterredung erklärte der Reichskanzler weiter, die Regierung werde ihr besonderes Augenmerk darauf richten, daß die **Vermischung von Staats- und Privatwirtschaft beseitigt werde.** In Zukunft dürften für Betriebe, die in irgend einer Form mit Staatsgeldern arbeiteten, nur die Grundsätze für Staatsbetriebe Geltung haben. Jede andere Regelung bedeute eine nicht zu rechtfertigende Bevorzugung Einzelner auf Kosten der Allgemeinheit.

Dr. Luther gegen Amnestierung der Devisenschieber

T.U. **Berlin**, 15. Dez. Wie die „Germania" meldet, hat der Reichsbankpräsident Dr. Luther an die Reichsregierung ein Schreiben gerichtet, in dem er ernste Bedenken darüber äußert, daß durch die vom Reichstag beschlossene Amnestie auch sogenannte Devisenschieber dem Richter entzogen oder von der bereits verhängten Strafe befreit werden könnten.

Das Programm des Kanzlers

Reichskanzler von Schleicher hielt Donnerstag abend 7 Uhr im Rundfunk seine angekündigte Rundfunkrede, die von sämtlichen Sendern des Reiches übertragen wurde. Der Kanzler führte u. a. aus: Gestatten Sie mir zunächst einige persönliche Bemerkungen. General Litzmann hat als Alterspräsident im Reichstage, also in einem Augenblick, in dem er nur seiner eigenen Disziplin, seinem eigenen Gewissen unterstand, Bemerkungen über den Herrn Reichspräsidenten gemacht, die **auf das schärfste zurückgewiesen** werden müssen. Wenn auch die historische Persönlichkeit des Herrn Reichspräsidenten weit über derartigen Angriffen steht, so bleibt es doch tief bedauerlich, daß ein angesehener General des Weltkrieges mit diesen Angriffen nicht nur gegen das Staatsoberhaupt, sondern auch gegen den alten Kameraden und seinen großen Führer im Weltkriege Stellung genommen hat. Dies hier zum Ausdruck zu bringen, ist mir Pflicht und Bedürfnis, sowohl als Reichskanzler wie als Soldat.

Ich habe gegen die **Annahme des Kanzleramtes** die allerschwersten **Bedenken gehabt.** Einmal, weil ich nicht der Nachfolger meines Freundes Papen, dieses Ritters ohne Furcht und Tadel sein wollte, dessen vom reinsten Wollen und hoher Vaterlandsliebe getragenes Wirken erst eine spätere Zeit voll anerkennen wird, vor allen Dingen aber, weil der **Wehrminister als Reichskanzler** nach Militärdiktatur riecht, und weil die Gefahr nicht ganz von der Hand zu weisen ist, daß durch eine Verbindung dieser beiden Aemter die Wehrmacht zu stark in die Politik gezogen werden könnte. Nur die Ueberlegung, daß eine solche Maßnahme den Ernst der Situation so scharf kennzeichnen und auf gewisse Unruhestifter so kühlend wirken würde, daß dadurch der tatsächliche Einsatz der Wehrmacht verhindert werden kann, hat mich zur Zurückstellung meiner Bedenken veranlaßt. Ich möchte deshalb heute auch an alle Volksgenossen die Bitte richten, in mir nicht nur den Soldaten, sondern **den überparteilichen Sachwalter der Interessen aller Bevölkerungsschichten für eine hoffentlich nur kurze Notzeit zu sehen, der nicht gekommen ist, das Schwert zu bringen, sondern den Frieden.**

Ich glaube das hier um so mehr sagen zu dürfen, als meine Ansichten über Militärdiktatur nicht erst von heute sind und allgemein bekannt sein dürften. Ich habe es schon verschiedentlich zum Ausdruck gebracht und wiederhole es heute: **es sitzt sich schlecht auf der Spitze der Bajonette,** das heißt man kann auf die Dauer nicht ohne eine breite Volksstimmung hinter sich regieren.

Dieses **Programm** besteht aus einem einzigen Punkte:

„Arbeit schaffen!"

Alle Maßnahmen, die die Reichsregierung in den nächsten Monaten durchführen wird, werden mehr oder weniger diesem einen Ziele dienen. Ich habe mich in den letzten Wochen auf Fahrten durch die deutschen Lande davon überzeugen können, daß die Deutschen aller Stände ausschließlich der eine Gedanke beherrscht: **„Gebt uns Arbeit und damit die Hoffnung zum wirtschaftlichen Wiederaufstieg!"** Alles andere interessiert uns nicht, am wenigsten Verfassungsänderungen und sonstige schöne Dinge, von denen wir nicht satt werden.

Nach einem Hinweis auf das oberste Gesetz jeder Staatsführung, den Kampf des Volkes gegen die schweren wirtschaftlichen Nöte zu unterstützen und einer Verzweiflungs- und Katastrophenstimmung vorzubeugen, erklärte der Kanzler, man könne Menschen, die der Verzweiflung nahe seien, nicht mit Auseinandersetzungen darüber trösten, daß nach den Gesetzen wirtschaftlicher Vernunft auf jedes wirtschaftliche Tief ein Hoch zu folgen pflege. Sie wollen alsbaldige tatsächliche Hilfe sehen. Deshalb müsse man **Dämme einbauen,** damit die Fluten nicht über uns weggegangen sind, bevor die wirtschaftliche Erholung sichtbar wird. Der Kanzler fuhr fort: Ich habe deswegen die Ernennung eines **Reichskommissars für Arbeitsbeschaffung** vorgeschlagen. Seine Aufgabe wird es sein, jeder Arbeitsmöglichkeit nachzuspüren, ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm aufzustellen und seine Durchführung zu überwachen, wobei er bürokratischen und sonstigen Hemmungen gegenüber die Rolle des Schäferhundes übernehmen muß. Das Programm muß in erster Linie auf die Instandsetzung der vorhandenen Produktionsgüter und auf ihre Verbesserung abgestellt werden, und die Vergebung der Arbeiten an Unternehmer ist der **Ausführung in eigener Regie vorzuziehen.** Entscheidend wichtig war es, daß für diese Finanzierung eine Lösung gefunden wurde, die jede Inflation ausschließt. Dafür bietet die Mitarbeit des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther, den man wohl als den Gralshüter der Währung bezeichnen darf, die sicherste Garantie, ebenso wie es für eine allmähliche Besserung der immer noch **recht gespannten Finanzlage** des Reiches keine bessere Garantie gibt, als das berechtigte Vertrauen, das dem derzeitigen Reichsfinanzminister aus allen Kreisen des In- und Auslandes entgegengebracht wird. In kurzen Sätzen kann man diese Finanzlage folgendermaßen charakterisieren:

1. Wir werden im laufenden Etatsjahre im Reiche **ohne neue Steuern und ohne weitere Kürzungen** der Personalausgaben durchkommen, was immerhin einen erheblichen Fortschritt gegen die beiden letzten Krisenjahre bedeutet.

2. Das **Reich hilft Ländern und Gemeinden,** deren finanzielle Verhältnisse zum Teil sehr schwierig liegen, durch organisatorische und finanzielle Maßnahmen.

Mit der Frage der Arbeitsbeschaffung hängt die **Siedlung** eng zusammen. Wir wollen uns nichts vormachen. Mit dem Vollbringen des Guten hat es bislang arg gehapert. Gerade auch als Wehrminister muß ich auf Besiedlung unserer Ostmark den größten Wert legen. Für 1933 sind zunächst 50 Millionen für die Siedlungen bereitgestellt worden und weitere 50 Millionen werden unter Mitwirkung der Reichsbank vorfinanziert. In den Landbezirken Ostpreußen, Grenzmark, Pommern und Mecklenburg sind der Siedlung folgendes Land zugeführt worden: In Ostpreußen etwa 800 000 Morgen, in der Grenzmark etwa 500 000 Morgen, in Pommern etwa 280 000 Morgen, in beiden Mecklenburg etwa 120 000 Morgen. Der Kanzler wies auf die Gefahren hin, die jeder Siedlung durch den Tiefstand der Preise der Veredelungsprodukte drohten und betonte, daß die Reichsregierung bereits durch den Rentensenkungserlaß geholfen habe und durch weitere Maßnahmen die Notlage der Siedler zu lindern versuchen werde.

Der tiefere Grund für die Not Deutschlands und der Welt liegt darin, erklärte der Kanzler weiter, daß **zu viel Menschen die Verbindung mit dem Boden verloren haben,** in Großstädten zusammengeballt leben und damit von jeder Wirtschaftsveränderung stärker getroffen werden als der Mann auf eigener Scholle. Es wird der Arbeit einer Generation bedürfen, die Fehler dieser Entwicklung auszugleichen. Der Kanzler forderte die stärkere Ausnutzung des dünn bevölkerten Ostens, ein Auflockern der Großstädte und ein Seßhaftmachen eines möglichst großen Teiles auch der städtischen Arbeiterschaft im Sinne südwestdeutscher Bevölkerungsstruktur.

Für den Chef einer Regierung, fuhr der Kanzler fort, wird es nicht immer ganz leicht sein, aus dem **Wirrwarr der verschiedenen Ansichten** eine Lösung zu finden, die nach Möglichkeit allen Berufsständen gerecht wird. Ich habe dazu das Mittel angewandt, den Herrn **Reichswirtschafts- und Reichsernährungsminister in eine Konklave zu schließen, um die richtige Mittellinie zu finden.** Aus der Tatsache, daß die beiden Herren heute friedlich und arbeitsfreudig im Kabinett zusammensitzen, können Sie den Erfolg dieses Verfahrens ersehen. Ich bin ketzerisch genug, einzugestehen, daß ich weder ein Anhänger des Kapitalismus noch des Sozialismus bin, daß für mich Begriffe wie „Privat- oder Planwirtschaft" ihre Schrecken verloren haben, ganz einfach, weil es diese Begriffe in absoluter Reinheit im Wirtschaftsleben gar nicht mehr gibt, auch gar nicht mehr geben kann. Und deshalb vertrete ich den Standpunkt, man soll in der Wirtschaft das tun, was im gegebenen Moment vernünftig ist und aller Wahrscheinlichkeit nach zu den besten Resultaten für Volk und Land führt und sich nicht eines Dogmas wegen die Köpfe einschlagen. In diesem Sinne hält die Reichsregierung zur Zeit **folgende wirtschaftlichen Richtlinien** für vernünftig:

Es gilt, den erfreulich hohen Stand der Erzeugung an Nahrungsmitteln zu erhalten und **der Landwirtschaft gesunde Erzeugungsbedingungen zu verschaffen.** Die Arbeitslosigkeit kann auf die Dauer nur vermindert werden, wenn es gelingt, den Umfang der gewerblichen und industriellen Tätigkeit erheblich zu verbreitern. Die Regierung wird daher ihr Augenmerk in erster Linie auf eine **Belebung des Binnenmarktes** richten, der die stärksten Schrumpfungen aufweist. Sie ist sich aber darüber klar, daß auch die größte Belebung des Binnenmarktes nicht ausreicht, um für Brot und Arbeit zu sorgen. Unsere Wirtschaft kann nur gedeihen, wenn wir nebeneinander sowohl die Nutzung des heimischen Bodens wie auch die gewerbliche Tätigkeit für den Inlandsmarkt und schließlich den **Warenaustausch mit dem Auslande im zweckmäßigsten Verhältnis** zueinander pflegen. Von dieser Grundeinstellung aus hat die **frühere Regierung** ihr bekanntes **Wirtschaftsprogramm** aufgebaut. **Dieses Wirtschaftsprogramm hält auch die gegenwärtige Regierung in wesentlichen Zügen für eine geeignete Grundlage zur Lösung der wirtschaftlichen Entwicklung.** Sie ist davon überzeugt, daß dieses Programm dazu beigetragen hat, die wenn auch zunächst noch bescheidene Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage herbeizuführen, wie sie sich in den Ziffern über die Belebung der gewerblichen Produktion, die Zunahme des Verkehrs und den relativen Rückgang der Arbeitslosigkeit kennzeichnet. Sie ist sich aber ebenso darüber klar, daß es noch einer größeren Zeitspanne als der bisher vergangenen bedarf, um die vollen Auswirkungen jenes Programms festzustellen.

Traditionsgemäß besteht zwischen den Soldaten und der **landwirtschaftlichen Bevölkerung** ein ganz besonderes Verhältnis und Sie werden es deshalb verstehen, wenn ich auch als Reichskanzler bemüht sein werde, den **Nöten der Landwirtschaft** soweit als möglich abzuhelfen. Der Kanzler wies auf das Mißverhältnis zwischen den **überhöhten Produktionskosten der Landwirtschaft** und den Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse hin und bezeichnet es als unerläßlich, diesem Druck auf die Preise schnell und wirksam entgegenzutreten. Die Reichsregierung wird bei dem Aufbau dieses Schutzes die von den vorhergehenden Regierungen eingeleiteten Maßnahmen fortsetzen und ausbauen. Sobald hier die handelspolitischen Schwierigkeiten fortfallen und wesentliche Erleichterungen eintreten wird die **Reichsregierung von ihrer Zollautonomie** im Interesse der Landwirtschaft in dem erforderlichen Ausmaße **Gebrauch machen.** Außerdem wird sie der übermäßigen Einfuhr einzelner Waren auf dem handelspolitischen jeweils geeigneten Wege entgegenwirken. Der **Schutz der Landwirtschaft** gegen Störungen vom Weltmarkte her muß durch innerwirtschaftliche Maßnahmen ergänzt werden. Es muß insbesondere dem für die **Vieh- und Milchwirtschaft** entscheidenden Fettproblem besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Reichsregierung wird sich noch vor Weihnachten mit den zur Durchführung dieser Grundsätze notwendigen Maßnahmen beschäftigen, weil ich der Auffassung bin, daß alle noch so schönen wirtschaftlichen Aufbaupläne zunichte werden müßten, wenn es nicht gelingt, in Deutschland wieder eine gesunde Landwirtschaft herzustellen.

Ihr ganz besonderes Augenmerk wird die Reichsregierung auf die **Beseitigung der Vermischung von Staats- und Privatwirtschaft richten.** Es geht nicht an, daß große Unternehmungen alle Vorteile der Privatwirtschaft genießen wollen alle Nachteile aber, vor allen Dingen also das Risiko auf den Staat abwälzen. Für Betriebe, die in irgend einer Form mit Staatsgeldern arbeiten, dürfen in Zukunft nur die Grundsätze für Staatsbetriebe Geltung haben. Der Kanzler zitierte einige Stellen der Rede

Dr. Krupps und erklärte dann: Alle diese Maßnahmen, Arbeitsbeschaffung, Siedlung und Ankurbelung der Wirtschaft müssen aber erfolglos verpuffen, wenn das **Vertrauen auf stabile Verhältnisse und der Glaube an eine bessere Zukunft fehlen.** Wie ist dieses Vertrauen und dieser Glaube zu schaffen? Durch **freudige Mitarbeit** aller Bevölkerungsschichten und durch möglichst weitgehende Ausschaltung von Reibungen und absichtlichen Störungen. Bei allen Anordnungen muß der soziale Gesichtspunkt berücksichtigt werden. Also **ein sozialer General,** höre ich manchen meiner Zuhörer mit zweifelndem oder sogar spöttischem Achselzucken sagen. Es hat in der Tat nichts Sozialeres gegeben, als die Armee der allgemeinen Wehrpflicht, in der arm und reich, Offizier und Mann in Reih und Glied zusammenstanden.

Der Kanzler wies dann auf die bekannte Auffassung des sozialpolitischen Teils der Notverordnung hin. Die Reichsregierung bekennt sich zur **Sozialversicherung.** Sie wird alles tun, um die Versicherungsträger leistungsfähig zu erhalten. Ich werde alle meine Kräfte einsetzen, um die Not im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen zu mildern.

Als besondere **Winterhilfe** wird veranlaßt: Die Regierung wird vor allem die Frischfleischverbilligung verstärken, eine weitere Verbilligung der Hausbrandkohle für die notleidende Bevölkerung auf Reichskosten vornehmen. Ferner wird sie den Kreis der Empfänger auch auf die alleinstehenden Unterstützungsberechtigten, zu denen auch die Kleinrentner gehören, ausdehnen. Ob es möglich ist, die Hilfsmaßnahmen noch über diesen Rahmen hinaus zu erweitern, vor allen Dingen in der Verbilligung von Milch und Brot, hängt von dem Ergebnis der Verhandlungen ab, die in diesen Tagen gepflogen werden. In diesem Zusammenhange muß ich aber ein Wort ernster **Mahnung an die Reichstagsausschüsse** richten. Ich kann es nicht mehr als verantwortungsbewußt bezeichnen, wenn man Beschlüsse faßt, die dem Reich viele Hunderte von Millionen kosten würden, von denen man also genau weiß, daß sie bei der ernsten Lage der Reichsfinanzen niemals durchgeführt werden können. Durch derartige **papierne Beschlüsse** werden in der Bevölkerung Hoffnungen erweckt, auf deren Nichterfüllung eine um so größere Enttäuschung folgen muß.

Die zur wirtschaftlichen Beruhigung notwendige Ausschaltung aller absichtlichen Störungen hat in der Vergangenheit leider eine große Zahl von **Ausnahmebestimmungen** nötig gemacht. Ich gestehe offen, daß ich es für verhängnisvoll halten würde, wenn wir in Deutschland auf die Dauer nicht ohne diese scharfen Bestimmungen auskommen könnten. Ich habe deshalb den Herrn Reichspräsidenten gebeten, die zweifellos eingetretene Beruhigung zum Anlaß zu nehmen, um derartige Ausnahmebestimmungen aufzuheben, um endlich einmal wieder zu normalen Rechtsverhältnissen zurückzukehren. Der Herr Reichspräsident will diesem Vorschlag im Vertrauen auf den gesunden Sinn der ordnungsliebenden Bevölkerung entsprechen, hat dabei aber zum Ausdruck gebracht, daß er nicht zögern würde, eine scharfe Verordnung zum Schutze des deutschen Volkes zu erlassen, falls er sich in seinen Erwartungen getäuscht sieht. Den **gewerbsmäßigen Unruhestiftern** ebenso wie einer gewissen aufreizenden, die Atmosphäre vergiftenden Presse darf ich in diesem Zusammenhang warnend zur Kenntnis bringen, daß eine solche Verordnung fertig im Schubkasten liegt und in der Tat in ihrer Lückenlosigkeit eine ausgezeichnete Arbeit darstellt. Ich hoffe, daß ihre Anwendung ebenso wenig notwendig werden wird, wie der Einsatz der Wehrmacht. Ich möchte aber auch die staatsfeindliche kommunistische Bewegung nicht im Zweifel darüber lassen, daß die Reichsregierung auch vor drakonischen Ausnahmebestimmungen gegen die Kommunistische Partei nicht zurückschrecken wird, falls sie die Lockerung der Zügel zur vermehrten Verhetzung der Bevölkerung mißbrauchen sollte.

Ein Wort zur **Preußenfrage:** Eine Aufhebung des Reichskommissariats kann nur in Frage kommen, wenn die Gefahrenlage nicht mehr besteht, oder wenn anstelle des Reichskommissars andere ausreichende Garantien für eine übereinstimmende politische Führung in Reich und Preußen geschaffen sind.

Eine Frage, die dem Wehrminister besonders am Herzen liegen muß, ist die **körperliche und geistige Ertüchtigung der Jugend.** Ich gehöre allerdings nicht zu den Leuten, die der Jugend jeden Tag einmal erzählen, daß sie das Salz der Erde und die Blüte der Nation sei. Das führt nur zu einer Ueberheblichkeit und zu einer äußerlichen und innerlichen Disziplinlosigkeit, die uns in den vergangenen Jahren die Jugend manchmal ungenießbar machte. Das Erfreuliche an den neuen Einrichtungen ist die Ueberwindung des Parteigeistes in einem Maße, daß Parteihäupter und Verbandsgrößen schon anfangen, unruhig zu werden und um die Seelen ihrer Schäfchen zu fürchten.

Die Reichsregierungn wird allen geeigneten Einrichtungen, insbesondere auch freiwilligen Kameradschaften jugendlicher Erwerbsloser, öffentliche Mittel zur Verfügung gestellen, wenn sie gewillt sind, den Teilnehmern gemeinsame Verpflegung, körperliche Uebungen und geistige Fortbildung zu verschaffen.

Zwei weitere Dinge gedenkt die Reichsregierung im kommenden Frühjahr in Angriff zu nehmen: das **freiwillige Werkhalbjahr** der Abturienten und die **freiwillige Bauernhilfe,** die jugendliche Erwerbslose auf dem Lande in solchen Bauernwirtschaften die sich bezahlte Arbeitskräfte nicht halten können, als mitarbeitende Haus- und Familiengenossen unterbringen soll.

Der Kanzler wandte sich bei Besprechung der **kulturpolitischen Fragen** gegen die drohende Ueberalterung und Vergreisung unseres Lehrerstandes, die Unübersichtlichkeit, ja Planlosigkeit der Organisation des mittleren und höheren Schulwesens und den Unfug des überspitzten und deshalb wertlosen Berechtigungswesens. Er warnte vor der Ueberschätzung des Intellektuellen.

von Schleicher kam dann auf die **Abrüstungsfrage** zu sprechen, wobei er erklärte, unser Standpunkt war und ist so einfach einleuchtend und unangreifbar, daß ich nicht nochmals darauf einzugehen brauche. Nur mit meinen Kritikern muß ich mich mit einigen Worten auseinandersetzen. Man hat mir im Auslande vorgeworfen, daß ich in groben Militärstiefeln marschiere und damit viel diplomatisches Porzellan zerschlagen hätte. Wir sind bereit, unsere Wehrmacht nur noch mit Messer und Pappschild auszurüsten, wenn unsere Nachbarn desgleichen täten. Das sieht nicht gerade nach Aufrüstung aus. Ich habe allerdings auch mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß das deutsche Volk nicht gewillt sei, sich wehrlos den Hals abschneiden zu lassen.

Das Schicksal der Abrüstungsfrage erklärte der Kanzler, wird auch für das Schicksal des Völkerbundes und für unsere weitere Mitarbeit im Völkerbunde von maßgebender Bedeutung sein. Im übrigen sind sich über die Ziele, die wir in der Außenpolitik zu verfolgen haben, im Grunde alle Deutschen einig. Das deutsche Volk will als freie, gleichberechtigte und geachtete Nation im Kreise der Völker den Platz einnehmen, auf dem es nach seiner Größe, seiner Vergangenheit und seiner Leistungsfähigkeit Anspruch hat.

Der Kanzler gedachte mit warmen Worten der Wehrmacht und des deutschen Beamtenstandes und forderte den **Zusammenschluß aller Gutwilligen.** An Verbände, Gruppen und Parteien richtete er die Mahnung, daran zu denken, daß sie nicht Selbstzweck sind und ihre Daseinsberechtigung verlieren, wenn sie sich der Mitarbeit am Staate entziehen. Denen, die da meinen, eine autoritäre Staatsführung könne des Rückhaltes im Volke entbehren, möchte ich entgegenhalten, daß Wille und Mut allein zum Regieren nicht genügen, daß auch **Verständnis für das Empfinden des Volkes** und das Erkennen des psychologischen Momentes dazu gehören. Deshalb wird die von mir geführte Reichsregierung für ihre Arbeit den besten Moltkespruch **„Erst wägen, dann wagen!"** zur Richtschnur nehmen.

Sitzung des Reichsrats

Berlin, 15. Dez. Die Vollsitzung des Reichsrates am Donnerstag abend leitete zum erstenmal der neue Reichsinnenminister Dr. Bracht. Er stellte sich dem Reichsrat mit einer kurzen Ansprache vor, in der er u. a. ausführte: Mit meinem Amtsvorgänger, dem früheren Reichsinnenminister Freiherr von Gayl, verbindet mich nicht nur die gemeinsame Arbeit im letzten Reichskabinett, sondern vor allem auch die Ueberzeugung von der Bedeutung der deutschen Stämme und von der Notwendigkeit, die sich daraus ergibt, das Eigenleben der Länder zu erhalten und zu pflegen. Gerade in diesen Zeiten politischer Hochspannung ist die Mitwirkung des Reichsrates von außerordentlicher Bedeutung und diese Bedeutung hat zugenommen in den letzten Jahren, als es im wichtigsten Organ des Reiches immer schwerer wurde, die ihm von der Reichsverfassung zugedachten Funktionen reibungslos und gedeihlich in vollem Umfange zu erfüllen. Ich betrachte es als meine Pflicht, gerade die Tradition des Reichsministers des Innern in der Pflege der **Beziehungen der Reichsregierung zu den Ländern** fortzusetzen und ich sehe es namentlich als meine Pflicht an, Sorge zu tragen für eine rechtzeitige und möglichst ausgiebige Unterrichtung der Länderregierungen. Bei diesem Bestreben, ein enges und vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Reichsregierung und Reichsrat zu gewährleisten, bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. (Beifall.)

Im Namen des Reichsrates erwiderte darauf der preußische Ministerialdirektor Dr. Brecht mit Abschiedsworten für den scheidenden Minister von Gayl und guten Wünschen für dessen weitere Tätigkeit. Der Reichsrat nahm dann Kenntnis von der Annahme des **Stellvertretungsgesetzes für den Reichspräsidenten** durch den Reichstag, ohne Einspruch dagegen zu erheben. In derselben Weise verabschiedete er auch endgültig das Initiativgesetz des Reichstages, durch das die **sozialpolitische Ermächtigung** der Reichsregierung in der Notverordnung vom 4. September aufgehoben wird. Ueber das vom Reichstag beschlossene **Amnestiegesetz** will der Reichsrat am nächsten Dienstag beraten.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Zur Preußenfrage

Die Deutschnationalen lehnen ab

Berlin, 15. Dez. Der Vorsitzende der deutschnationalen Landtagsfraktion, Dr. v. Winterfeld, hat, wie das NdDZ. meldet, am Donnerstag dem Landtagspräsidenten Kerrl, der mit den Deutschnationalen über ihre Beteiligung an der Regierungsbildung verhandelt hatte, folgende Mitteilung zugehen lassen:

„Die deutschnationale preußische Landtagsfraktion ist auf Grund von Erwägungen **zu einer Beteiligung an der vorgeschlagenen Regierung in Preußen zur Zeit nicht bereit.** Die Frage der Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit dem Zentrum, mit dem Verhandlungen unsererseits nicht stattgefunden haben, braucht hier nicht erörtert zu werden, denn die Ablehnung der Regierungsbeteiligung muß schon deshalb erfolgen, weil wegen **der grundsätzlichen Oppositionsstellung der NSDAP.** nicht die Gewähr dafür gegeben ist, daß mit Bildung der geplanten preußischen Regierung kein neuer Gegensatz zwischen Reich und Preußen und kein neues verhängnisvolles Gegeneinander der Reichsregierung und der preußischen Regierung wieder in Erscheinung treten würde."

Bayern protestiert gegen die Amnestie

München, 15. Dez. Die bayerische Staatsregierung hat sich entschlossen, **gegen das vom Reichsrat beschlossene Amnestiegesetz Einspruch im Reichsrat einzulegen.** Die Bayerische Volksparteikorrespondenz bezeichnet das Amnestiegesetz als einen schweren Eingriff in die Justizehre der Länder. Außer prinzipiellen verfassungspolitischen Erwägungen sprächen aber auch eine Reihe kriminalpsychologischer Gründe schwerwiegender Art gegen eine solche Amnestie.

Reichsverkehrsminister ordnet beschleunigte Durchführung der Notstandsarbeiten an

T.U. **Berlin,** 15. Dez. Amtlich wird mitgeteilt: Um die Auswirkung des bisherigen Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung auf den Arbeitsmarkt auf das höchste erreichbare Maß zu steigern, hat der Reichsverkehrsminister die nachgeordneten Stellen der Reichswasserstraßenverwaltung angewiesen, die beschleunigte Durchführung der Notstandsarbeiten mit äußerstem Nachdruck zu betreiben. Vor allem soll geprüft werden, wie weit sich die Anzahl der gegenwärtig auf den Baustellen der Reichswasserstraßenverwaltung beschäftigten Erwerbslosen noch erhöhen läßt. Sollten zur Erreichung dieses Zieles besondere Maßnahmen, die die Gesamtkosten des Unternehmens nicht beeinflussen, erforderlich werden, so sind diese unverzüglich zu treffen. In der Vorbereitung begriffene Maßnahmen sind schnellstens in Angriff zu nehmen und zu fördern.

Auch während der ungünstigen Witterung in den nächsten Monaten sind die Arbeiten, wenn irgend möglich, weiter zu führen. Der Reichsverkehrsminister macht es allen Dienststellen zur Pflicht, bei der Prüfung von Anträgen der Unternehmer auf Stillegung von Arbeiten im Winter den strengsten Maßstab anzulegen und Unterbrechungen nur dann für möglichst beschränkte Zeit zuzulassen, wenn besondere Umstände (Eisgang, Hochwasser usw.) es unabweisbar notwendig machen.

Neue Anordnungen Hitlers

für die politische Organisation der NSDAP.

München, 15. Dez. Der Nationalsozialistischen Korrespondenz entnehmen wir folgende Anordnungen Adolf Hitlers über den Neuaufbau der politischen Organisation der NSDAP.: Die Abteilung für Volksbildung, bisher in der Hauptabteilung 3 der politischen Organisation, wird von dieser gelöst und von jetzt ab der Reichspropagandaleitung unterstellt. Die innerpolitische Abteilung, bisher in der Hauptabteilung 3 der politischen Organisation, wird aus dieser gelöst und der Rechtsabteilung der Reichsleitung zugewiesen. Der agrarpolitische Apparat der NSDAP. sowie die ihm angeschlossenen Abteilungen der Reichsleitung der NSDAP. werden aus der Reichsorganisationsleitung herausgenommen und Adolf Hitler unmittelbar unterstellt. Mit der Leitung beauftragt dieser den Parteigenossen R. Walter Darre. Die Reichsinspektionen 1 und 2 werden in ihrer derzeitigen Form aufgelöst. Statt ihrer werden die Landesinspekteure und Gauleiter mit den Posten von Kommissaren größerer Gebiete betraut. Kommissar Gauleiter Jakob Sprenger übernimmt an Stelle des wegen Krankheit zurückgetretenen Gauleiters Lenz den Gau Hessen in vorübergehende kommissarische Verwaltung. Walter Darre und Dr. R. Ley werden zu Amtsleitern der NSDAP. ernannt.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[43

„Bitte verbinde mich mit dem Büro", sagte er, nachdem er einen Blick in die Akten hineingeworfen und die Stirn gerunzelt hatte.

„Kann ich nicht das Gespräch für dich führen? Du sollst dich doch nicht anstrengen", sagte Ina.

Weltner verneinte kurz. An seiner Miene sah sie, daß es klüger war, jetzt zu schweigen und zu verschwinden. Sie ging also hinaus, aber an der geschlossenen Tür blieb sie stehen. Das Gespräch, das sie mit anhörte, erfüllte sie mit großer Zufriedenheit. Alles ging gut. Man konnte aufatmen und die 50 000 Mark waren einem sicher. Sie hatte bereits heute früh, als Robert noch schlief, einen Anruf von Fritz gehabt, der sie über alles unterrichtet, was sich in dieser ereignisreichen Nacht abgespielt hatte.

Im Büro wurde Edith Bernheim vom Bürovorsteher mit den Worten empfangen: „Herr Assessor Stein möchte Sie sprechen, Frau Bernheim."

Edith glaubte nichts anderes, als daß eine Nachricht von Weltner durchgekommen wäre, die ihr in bezug auf die Arbeit irgendeine Weisung zu geben hätte.

Assessor Stein sah Edith Bernheim mit einem eigentümlichen Gesichtsausdruck entgegen, der sowohl Verlegenheit wie Kälte zeigte, beides etwas, was an dem immer fröhlichen und jovialen Juristen Edith ganz fremd war.

„Ich habe Ihnen eine unangenehme Eröffnung zu machen, Frau Bernheim." Er sah an Edith Bernheim vorbei. „Habe eine telephonische Unterhaltung mit Herrn Rechtsanwalt Weltner gehabt. Er ist sehr empört darüber, daß Sie die wichtige Abschrift in der Patentstreitsache nicht fertig gemacht haben. Er hat sich soeben Herrn Kanzlisten Lange zum Diktat bestellt. Ich muß Ihnen leider mitteilen, daß Herr Rechtsanwalt Weltner auf Ihre weitere Tätigkeit hier bei uns im Büro verzichtet. Ein Zeugnis wird Ihnen morgen zugehen. Gehalt wird Ihnen bis zum Vierteljahrsende ausgezahlt werden. Sie werden nur gebeten, mit dem heutigen Tage Ihre Tätigkeit hier zu beenden."

Ein leiser Laut des Schreckens kam von Edith Bernheims Lippen. Schneebleich wurde das zarte, scheue Gesicht.

„Das kann doch nicht möglich sein!" flüsterte sie. „Kann ich nicht wenigstens Herrn Rechtsanwalt sprechen, ihm erklären..." Flehend hob sie die Hände, und ohne daß sie es wollte, stürzten ihr die Tränen aus den Augen.

Assessor Stein räusperte sich:

„Ich bedaure, Ihnen da gar keine Hoffnung machen zu können. Rechtsanwalt Weltner sagte mir ausdrücklich, daß sein Entschluß unwiderruflich feststände und daß er Sie nicht der Peinlichkeit aussetzen möchte, Ihnen das noch einmal direkt wiederholen zu müssen. Ueberdies fühlt er sich noch so angegriffen, daß derartige Unterredungen ihn nur unnötig erregen würden. Ich muß Sie also bitten, sich in das Unvermeidliche zu fügen. Wir werden selbstverständlich nur gute Auskünfte über Sie geben, wenn sich irgendeine Firma nach Ihnen bei uns erkundigt."

Er wandte sich seinen Akten zu, als wollte er diese Unterredung beenden. Edith Bernheim stand noch einen Augenblick mit schlaff herabhängenden Armen da — dann senkte sie den Kopf sehr tief und ging wortlos hinaus.

Der junge Assessor sah ihr mit einem mitleidigen Blick nach. Das war eine verteufelt unangenehme Aufgabe gewesen, die ihm der gute Weltner da aufgehalst. Wie diese kleine zarte Frau ihn angesehen hatte, als er die Kündigung aussprach — dieser wehe Blick —, schön war das nicht gewesen. Was war auch nur in den sonst so gütigen, menschenfreundlichen Kollegen Weltner gefahren, daß er eine einzige Pflichtversäumnis so streng ahndete?

Bisher hatte doch diese kleine Frau zu seiner vollsten Zufriedenheit gearbeitet. Man mußte sie doch nicht beim ersten Versehen so unbarmherzig davonjagen?

Aber er konnte es nicht ändern, sondern hatte nur den Auftrag des älteren und verehrten Kollegen auszuführen.

Sechsundzwanzigstes Kapitel.

Mit blassem Gesicht war Edith Bernheim in das Büro zurückgekehrt.

Der Bürovorsteher, dem der junge Assessor von der Kündigung schon vor Edith Bernheims Kommen Mitteilung gemacht, sah die blasse junge Frau mitleidig an:

„Es scheint Ihnen nicht wohl zu sein, Frau Bernheim", meinte er taktvoll, in dem Bestreben, Ediths Kündigung vor den anderen Angestellten noch geheimzuhalten. „Gehen Sie doch heim und ruhen Sie sich aus. Wenn Sie krank sind, können Sie nicht arbeiten."

Edith Bernheim sah den alten Beamten dankbar an; sie fühlte wohl, daß er ihr die Scham der Niederlage vor den neugierigen Augen der jüngeren Angestellten ersparen wollte.

„Mir ist wirklich sehr schlecht", gab sie mühsam zur Antwort. „Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Bürovorsteher, wenn ich heute keinen Dienst zu tun brauche."

Damit räumte sie ihre Sachen sorgfältig zusammen und packte ihr kleines Privateigentum, das sie hier hatte: ein paar Bleistifte, ihre Frühstücksdose, Waschutensilien, in ihre Aktenmappe. Von den Schreibmaschinen her folgten ihr versteckte Blicke.

Als sich Edith mit einem schüchternen Händedruck von dem Bürovorsteher und mit einem freundlichen Nicken von den anderen Angestellten verabschiedet hatte und hinausgegangen war, beugte sich eins der jungen Mädchen hinter der Maschine zu der Nachbarin:

„Merkste was, Lotte?" flüsterte sie schadenfroh. „Die neue, die man uns so vorgezogen, hat ausgespielt. Heute hat sich der Rechtsanwalt den Lange wieder zum Diktat bestellt — und dann hat die Bernheim sich ja alle ihre Sachen zusammengepackt. Seit wann nimmt man denn alle seine Klamotten mit, wenn man krank ist und für ein paar Tage fehlt? Das kann man mir nicht weismachen. Da hat es was gesetzt! Die Bernheim kommt nicht mehr wieder, das ist klar."

(Fortsetzung folgt.)